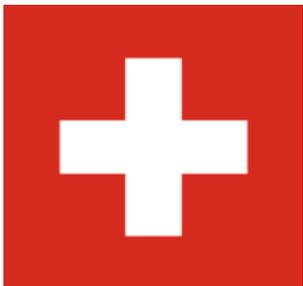

Totalrevision des eidg. Bürgerrechtsgesetzes

Vernehmlassungsvorlage vom 17. Dezember 2009



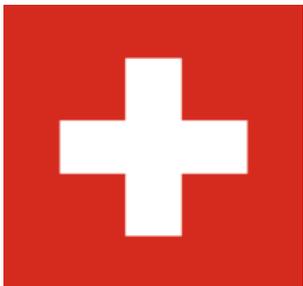
Aktueller Stand

- **Totalrevision des BüG von 1952**
- **Entwurf des Bundesrates vom 17. Dezember 2009**
- **Vernehmlassungsverfahren bis 22. März 2010**



Wichtige Änderungen

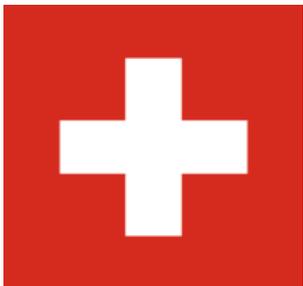
- **Präzisierung des Begriffs der erforderlichen Integration**
- **Niederlassungsbewilligung als Einbürgerungsvoraussetzung**
- **Herabsetzung der Wohnsitzdauer in der Schweiz von heute 12 auf 8 Jahre im Sinne eines Anreizes für eine rasche Integration**
- **Harmonisierung der kantonalen Aufenthaltsdauer**
- **Weitere: Datenaustausch, Verfahrensablauf, Zuständigkeitsregeln mit Ordnungsfristen usw.**



Materielle Einbürgerungsvoraussetzungen

Die Erteilung der Einbürgerungsbewilligung des Bundes erfordert, dass die Bewerberin oder der Bewerber:

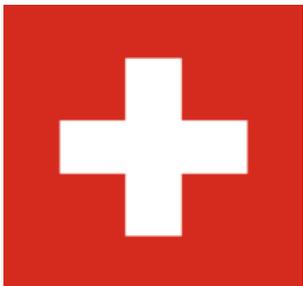
- a. erfolgreich integriert ist;**
- b. mit den schweizerischen Lebensverhältnissen vertraut ist;**
- c. keine Gefährdung der inneren oder äusseren Sicherheit der Schweiz darstellt.**



Integrationskriterien

Eine erfolgreiche Integration zeigt sich insbesondere:

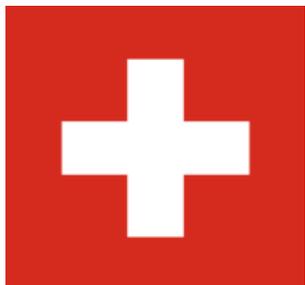
- a. im Beachten der öffentlichen Sicherheit und Ordnung;**
- b. in der Respektierung der grundlegenden Prinzipien der Bundesverfassung;**
- c. in der Fähigkeit, sich in einer Landessprache zu verständigen, und**
- d. im Willen zur Teilnahme am Wirtschaftsleben oder zum Erwerb von Bildung.**



Harmonisierung der kantonalen Aufenthaltsdauer

Variante 1 ohne feste Obergrenze:

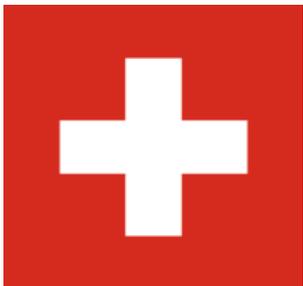
- **Mindestaufenthaltsdauer in Kanton oder Gemeinde darf die Dauer, die für eine erfolgreiche Integration üblicherweise erforderlich ist, nicht übersteigen.**
- **Beträgt die im Kanton geforderte Mindestaufenthaltsdauer mehr als drei Jahre, ist die in einem anderen Kanton verbrachte Aufenthaltsdauer angemessen anzurechnen.**
- **Beträgt die in der Gemeinde geforderte Mindestaufenthaltsdauer mehr als ein Jahr, ist die in einer anderen Gemeinde verbrachte Aufenthaltsdauer angemessen anzurechnen.**



Harmonisierung der kantonalen Aufenthaltsdauer

Variante 2 mit definierter Obergrenze:

- Die Kantone sehen eine eigene Aufenthaltsdauer von bis zu drei Jahren im Kanton oder in der Gemeinde vor.
- Wer nach einem Aufenthalt von mindestens drei Jahren in eine andere Gemeinde des gleichen Kantons zieht, kann nach einer Wartefrist von einem Jahr ein Einbürgerungsgesuch stellen.



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Fragen?

